



WILPF | AUSTRIA
WOMEN'S INTERNATIONAL
LEAGUE FOR PEACE & FREEDOM

E-Mail: info.wilpf@at ZVR: 1050 5162 21
Konto: Erste Bank AT28 2011 1848 6087 8400

**Kampagne: Frieden braucht Mut & Mittel!
Wie fordern 500 Millionen für Friedensarbeit, ein
Friedensministerium und eine umfassende Friedenspolitik!**

**Statement anlässlich des Internationalen Tag des Friedens am 21.
September 2023, Platz der Menschenrechte Wien**

Über WILPF Austria

Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) ist die älteste internationale Frauenfriedensorganisation gegründet 1915, auch von österreichischen Frauen. Im Nationalsozialismus wurde die österreichische Sektion aufgelöst und zerstört. Erst 2021 konnte sie wieder aufgebaut werden.

Heute ist Weltfriedenstag.

Von einem Weltfrieden sind wir leider weit entfernt. In unsere Nähe, in der Ukraine führt Putins Regierung seit 575 Tagen ein Krieg gegen die Bevölkerung und das Land. Hunderttausende Menschen wurden getötet und verwundet, Infrastruktur zerstört und ökologische Katastrophen, wie der Bruch von Staudämmen, provoziert. Auch in Syrien herrscht seit über zehn Jahren Krieg, ebenso im Jemen, Irak und vielen anderen Regionen der Welt.

Geopolitische, ökonomische, ökologische und soziale Probleme verschärfen sich, Menschen sind gezwungen zu fliehen, aufgrund von Hunger, Armut, Konflikten und Gewalt oder Klimakatastrophen. Weitere Eskalationen bis hin zu bewaffneten Konflikten und Kriegen drohen.

Aufrüsten ist nicht die Lösung

Diesen Problemen können wir nicht mit Militarisierung und Aufrüstung, mit Panzern und Kampfbombern begegnen. Wir brauchen vielmehr eine umfassende und nachhaltige Friedenspolitik, international und auch in Österreich.

Konflikte im Ausland und Inland sind miteinander verwoben und auch daraus ergibt sich eine verstärkte Notwendigkeit für Friedensarbeit in Österreich.

Länderübergreifende und multi-laterale Zusammenarbeit ist für die Friedenssicherung enorm wichtig.

Man würde meinen, dass der Friedenssicherung und der Arbeit für weltweiten Frieden ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Dass es dafür ausreichend Geldmittel und Personal gibt, im staatlichen wie im zivilgesellschaftlichen Bereich. Das ist aber nicht der Fall, im Gegenteil.

Es gibt in Österreich keine Zuständigkeit für Friedensarbeit, keine Friedenspolitik, kein Ministerium, das hier zuständig wäre. Am Stubenring gibt es das riesige Gebäude, einst das Kriegsministerium, heute ist dort das Sozialministerium untergebracht. Ein Friedensministerium gibt es nicht.

Obwohl der Weltfrieden zu den zentralen Zielen und Aufgaben der Vereinten Nationen gehört und die Charta für den Frieden, die die UNO bei der GV im Jahr 2016 angenommen hat und damit



WILPF | AUSTRIA
WOMEN'S INTERNATIONAL
LEAGUE FOR PEACE & FREEDOM

außerdem noch explizit das Recht auf Frieden gestärkt hat, gibt es in Österreich keine Friedensarchitektur, keine Struktur für Friedenpolitik und keine Förderung der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung in Österreich ist arm wie eine Kirchenmaus und kann daher ihren Zielen nur in sehr geringem Ausmaß nachkommen. Die Ziele sind: Aufklärung und Friedensbildung, Förderung gewaltfreier Kommunikation und gewaltfreier Strukturen und Prozesse, Verteidigung durch gewaltfreien Widerstand, Friedensforschung, Abrüstung und De-Militarisierung, Klimaschutz, Gleichstellung der Geschlechter und Sicherung der Menschenrechte, um nur einige zu nennen.

Das ist nicht nur schade, sondern hat weitreichende Auswirkungen, zumal es Friedensorganisationen in anderen Ländern und Organisationen, die die Friedenssicherung zum Ziele haben, wie der OSCE nicht anderes ergeht. Die Militärausgaben in den letzten Jahren enorm steigen, und betragen laut SIPRI (Internationales Friedensforschungsinstitut) im Jahr 2022 weltweit 2 Trillionen Dollar (das sind 6800 Jahre Arbeit von UN Women!). Die OSCE hingegen, die die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Ziel hat, hat im Vergleich ein winziges Budget für die große Aufgabe, nämlich ca. 140 Millionen €. Das ist nicht viel mehr als ein Tarnkappenbomber kostet!

Hier wird nicht mit gleichen Mitteln gearbeitet.

Es fehlen einfach die Mittel für intensive und langfristig angelegte Friedensinitiativen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Frieden „keine Konjunktur“ hat, und dass gleichgeschaltete Narrative dominieren: ohne Aufrüstung und Krieg geht es nicht.

Vom Frieden wissen wir nichts, oder wenig, wie Marlene Streeruwitz sagt.

Mehr Mittel für Friedenssicherung muss daher das politische Ziel lauten, auch in Österreich

Und das umso mehr, da das Budget für das Bundesheer in Österreich (wie auch in anderen Ländern) enorm ausgeweitet wurde. Dies geschah ohne Diskussion in der Öffentlichkeit, ohne Einbeziehung der Friedensbewegung und Zivilgesellschaft. Wir sind darüber sehr besorgt.

Das Militärbudget stieg im Jahr 2023 um 680 Millionen: für die Modernisierung der Panzerflotte werden beispielsweise 560 Millionen Euro ausgegeben.

Das Budget für das Bundesheer soll in den nächsten Jahren um

1,09 Milliarden im Jahr 2024 um

1,49 Milliarden im Jahr 2025 um

2 Milliarden im Jahr 2026 steigen.

Insgesamt beträgt die Aufstockung für das Bundesheer 5,3, Milliarden €.

Dazu kommt die Aufstockung für das Innenministerium um 1, 7 Milliarden € für „innere Sicherheit“.

Laut Medienberichten soll das Heeresbudget ab 2027 dann noch einmal auf 1,5 Prozent des BIP angehoben werden. Das würde bedeuten, dass die Regierung in den nächsten zehn Jahren **rund 60 Milliarden für das Heer ausgeben würde**. Dies erfordert in einer Demokratie eine breite Diskussion und kann nicht alleine mit dem Ukrainekrieg begründet werden! Militärausgaben zu steigern und die Rüstungsindustrie anzukurbeln bedeutet nicht in mehr Sicherheit, es bedeutet vielmehr in kriegerische und zerstörende Handlungen zu investieren, die hunderttausende Menschen verletzen und töten und zur Zerstörung des Planeten beitragen! Es muss darum gehen in Maßnahmen der umfassenden Friedenssicherung zu investieren!

Auch ist die Frage, welche Ausgaben bei einer so enormen Erhöhung der Militärausgaben eingespart werden und wie die dringend benötigten Mittel für Sorgearbeit, Soziales, Pflege, Gesundheit, Bildung, Klimaschutz, Gleichstellung, Menschenrechte und Demokratieförderung aufgebracht werden!



WILPF | AUSTRIA
WOMEN'S INTERNATIONAL
LEAGUE FOR PEACE & FREEDOM

Wir fordern daher 500 Millionen für umfassende Friedensarbeit

Das erscheint utopisch.

Doch es ist weniger als die Modernisierung der Panzerflotte kostet!

Damit sollen Grundlagen und eine Struktur für Friedensarbeit aufgebaut werden.

Dabei sind geschlechtersensible und intersektionale Ansätze notwendig. Noch immer bestehende patriarchale Strukturen in unserer Gesellschaft bewirken, dass Frauen* und Mädchen* in vielen Bereichen der Gesellschaft benachteiligt sind und diskriminiert werden.

Diese Diskriminierung und Benachteiligungen treffen Migrant*innen und geflüchtete Frauen* in mehrfacher Weise und diese sind oft von gesellschaftlicher Partizipation ausgeschlossen. Daher ist ihre Förderung und ihr Empowerment von besonderer Bedeutung.

Wir haben in unserer Stellungnahme zu den Sicherheitsstrategien eine Reihe von Maßnahmen aufgezählt, die umgesetzt und mit den 500 Millionen € finanziert und gefördert werden sollen.

Dazu gehört unter anderem:

- ✓ Ein Friedensministerium oder zumindest Staatssekretariat; und als ersten Schritt eine Sonderbeauftragte für Frieden im BM für LV mit Abteilungen für Friedenspolitik und Friedensförderung.
- ✓ Friedensbüros bzw. Friedensreferate in allen Bundesländern.
- ✓ Ausreichende Förderung von Friedensorganisationen in allen 2.059 Gemeinden, zumindest 1 Arbeitsstelle pro Gemeinde
- ✓ Bundesweiter Einrichtungen für das Empowerment von geflüchteten Frauen und Mädchen.
- ✓ Auf- und Ausbau der Friedensforschung an den Universitäten.
- ✓ Jährliche Friedenkonferenzen bundesweit und international.
- ✓ Ausbildung von Frauen in der Friedensvermittlung und Friedenssicherung.
- ✓ Schaffung eines Frauenfriedenszentrum und eines Friedensmuseums im Heeresgeschichtlichen Museum.

Wir ersuchen die Abgeordneten zum Nationalrat und alle politisch Verantwortlichen sich für diese Anliegen und Forderungen einzusetzen.

Bei den nun beginnenden Budgetverhandlungen soll von der Aufstockung für die Landesverteidigung in Höhe von 1 Milliarde zumindest 100 Millionen für Friedensarbeit bereitgestellt werden!

Wir freuen uns über weitere Gespräche und laden Sie herzlich dazu ein.

Rosa Logar, Obfrau - WILPF Austria

Kontakt: rosalogar@A1.net